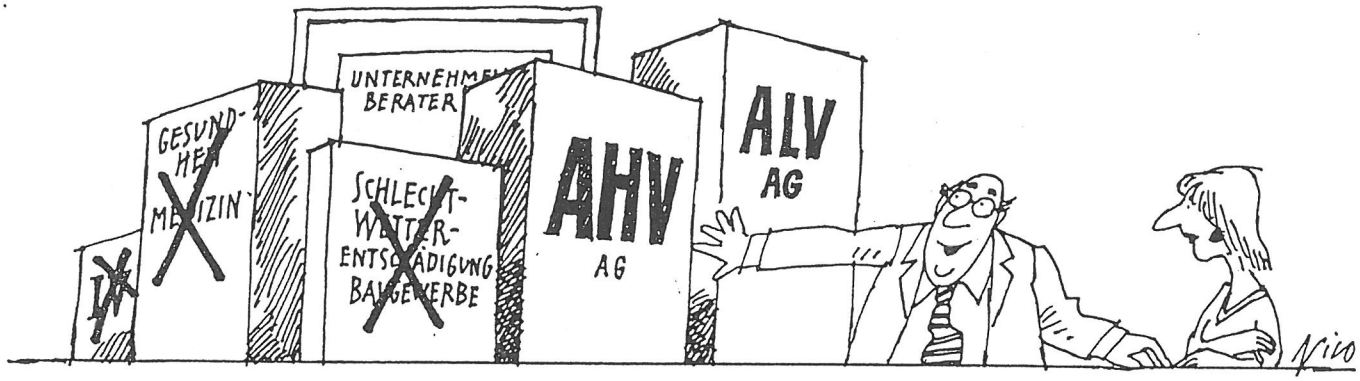



«Diese zwei machen wir zu Aktiengesellschaften und gehen damit an die Börse.»

# Kampf um den Sozialstaat

*Der IDA-FiSo-Bericht ist der Linken zu düster. Die Rechte fühlt sich bestätigt.*

*Von* **Markus Somm**

Derselbe Text ist völlig unterschiedlich gelesen worden. Für die Linke zeigt der IDA-FiSo-Bericht, dass der Sozialstaat noch längst nicht am Ende ist – die Rechte sieht ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Nur ein Abbau könne die Sozialwerke jetzt noch retten.

Der zweite Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen (IDA FiSo) ist am Montag in Bern vorgestellt worden. Die Beamten mussten für den Bundesrat drei Szenarien durchrechnen: Wie teuer sind die Sozialwerke, wenn alles beim alten bleibt (Status quo), die Leistungen verbessert oder aber gekürzt werden. Die Gruppe ging dabei von den eigenen Zahlen aus, die sie 1996 in einem ersten Bericht errechnet hatte. Demnach sind bis 2010 15 Milliarden mehr nötig, um den heutigen Stand zu gewährleisten. 18 Milliarden kostet ein Ausbau, der Abbau erfordert immer noch 9 Milliarden mehr.

Für Serge Gaillard vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund sind das Planspiele. Der Bericht sei «unbrauchbar». Kein Land in Europa richte seine Politik nach solchen «Katastrophenszenarien» aus. Auch die SP hält die Grundannahmen für zu pessimistisch.

Peter Hasler, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, hält den Bericht dagegen für «schlüssig». Nun sei klar, dass an einen Ausbau der Sozialversicherungen nicht zu denken sei. Für FDP und SVP ist es hingegen keine Frage, dass in den Sozialwerken nun gekürzt werden muss.

*Kommentar 5. Spalte, Berichte Seiten 2/3*

KOMMENTAR

## *Wider die Panikmache*

*Von* **Barbara Hasler**

Nein, blendend geht es dem Sozialstaat nicht. 15,3 Milliarden zusätzliche Franken sind nötig, um das heutige Netz – inklusive Mutterschaftsversicherung – ins Jahr 2010 hinüberzuretten. Das klingt erschreckend. 15,3 Milliarden, das sind 6,8 Prozent Mehrwertsteuer. Das ist viel, allerdings wäre die Schweiz damit durchaus auf dem Mehrwertsteuerniveau anderer europäischer Staaten.

Sicher, die Sozialwerke sind nicht sakrosankt. Wir können auch ohne Schlechtwetterentschädigung für das Baugewerbe leben. Oder: Der Abbau von Überkapazitäten im Gesundheitswesen – etwa durch eine Beschränkung der Zahl der Ärzte – kann den Versicherten nur nützen.

Das Rentenalter 66 für Mann und Frau aber ist absurd, wenn gleichzeitig die Wirtschaft schon die 55jährigen lieber in Pension schickt. Auch der Abbau der Arbeitslosenversicherung oder der Witwenrente ist eine Scheinlösung, wenn ein Teil der Einsparungen einfach auf die Fürsorge abgewälzt wird.

Die ersten Reaktionen auf den IDA-FiSo-Bericht lassen erahnen, dass es über ideologische Gräben hinweg kaum eine politische Verständigung geben wird. Nur der Sozialabbau sei wirtschaftsverträglich, sagen etwa die Arbeitgeber. Das kann ja wohl nicht das einzige Kriterium sein. Denn so banal es ist, Sozialabbau ist keine Zahlenspielerei, sondern geht auf Kosten von Alten, Behinderten, Arbeitslosen, Kranken.

Im September hat eine Mehrheit des Stimmvolkes die Kürzung der Arbeitslosentaggelder abgelehnt – eine Lappalie verglichen mit dem, was auf uns zukommen könnte. Wie können jene, die jetzt nach Sozialabbau rufen, den Leuten erklären, dass sie den Gürtel halt enger schnallen müssen, wenn gleichzeitig ein paar wenige Reiche immer reicher werden und ihre Kapitalgewinne nicht einmal versteuern müssen? Das könnte explosiv werden. Denn um den sozialen Frieden ist es derzeit mindestens so schlecht bestellt wie um den Sozialstaat.

2

# Alternativen auf 190 Seiten

*Von* **Christina Leutwyler, Bern**

Die Hiobsbotschaft kam vor anderthalb Jahren: Wenn die Alten, Invaliden, Kranken und Arbeitslosen im Jahr 2010 die gleichen Leistungen erhalten sollen wie heute, werden dannzumal 15,3 Milliarden Franken fehlen. Das entspricht 6,8 Mehrwertsteuer-Prozenten.

Mit diesen Zahlen wartete eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe (IDA Fiso 1) auf. Sie ging von einem Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent aus, einem Reallohnanstieg von 1,0 Prozent und einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent. Unter diesen Annahmen steigen die Sozialleistungen zwischen 1995 und 2010 von gut 73 auf knapp 103 Milliarden Franken. Etwa die Hälfte dieser Steigerung wird durch das Wachstum der Wirtschaft, der Löhne und der Steuern quasi automatisch finanziert. Doch die andere Hälfte – eben die 15,3 Milliarden Franken – sind nicht gedeckt.

### Was zu tun wäre

Der Bundesrat wollte nicht entscheiden, was angesichts dieser Entwicklung zu tun wäre, ohne auch die Leistungen der Sozialversicherungen unter die Lupe zu nehmen. Er gab der Arbeitsgruppe IDA FiSo 2 den Auftrag, neben einem Szenario «Status quo» mit ungefähr gleichbleibenden Leistungen ein Szenario «Gezielter Abbau» und ein Szenario «Gezielter Ausbau» zu studieren.

In allen drei Fällen würde der Finanzbedarf für die soziale Sicherheit weiter steigen: beim «Status quo» um 15,3 Milliarden Franken, beim «gezielten Ausbau» um 18 Milliarden und beim «gezielten Abbau» immer noch um 9 Milliarden. In allen drei Fällen legte die Arbeitsgruppe unter der Leitung von EDI-Generalsekretärin Claudia Kaufmann noch ein Alternativ-Szenario vor, das von einer realistischeren Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent ausgeht.

Beim Szenario «Status quo» soll die Kostenexplosion im Gesundheitswesen um 1,2 bis 2,4 Milliarden Franken abgebremst werden. Dieses Geld würde für die Arbeitslosenversicherung benötigt, falls die Arbeitslosenquote bei 3,5 Prozent liegt. Sinkt sie auf optimistische 2,5 Prozent, sieht die Arbeitsgruppe sogar Spielraum für Verbesserungen bei der AHV. Dabei könnten entweder die Leute mit kleinen Einkommen und Teilzeitbeschäftigte bessergestellt werden. Oder es könnten die Renten für alle grosszügiger an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden. Diese Ausbauvorschläge würden 1,8 Milliarden kosten.

Bis zu 3,9 Milliarden zusätzliche AHV-Franken liegen bei einem «gezielten Ausbau» drin. Dies setzt aber voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger acht zusätzliche Mehrwertsteuer-Prozente zu zahlen bereit sind und die Arbeitslosenquote auf 2,5 Prozent sinkt. Dann könnten in der AHV/IV ein flexibles Rentenalter eingeführt, bei der Pensionskasse die Teilzeitangestellten bessergestellt und die Renten teilweise der Teuerung angepasst sowie in der 1. und 2. Säule die Leistungen für Leute mit kleinen Einkommen ausgebaut werden.

Soll das Wachstum der Sozialleistungen jedoch gemäss dem Szenario «gezielter Abbau» beschränkt werden, müssten diverse Sparmassnahmen umgesetzt werden (siehe Texte auf Seite 3). Geht man dabei von einer Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent aus, müssten bei der AHV 2,0 bis 3,7 Milliarden gespart werden und im Gesundheitswesen 4,8 Milliarden.

### Energiesteuer «sinnvoll»

Doch wie gesagt: Selbst wenn Leistungen abgebaut werden, müssen für die Sozialversicherungen neue Finanzquellen angezapft werden. Die Arbeitsgruppe plädiert für eine Mischfinanzierung aus Lohnprozenten, Mehrwertsteuer und einer neuen Energiesteuer. Auf den genauen Mix legt sie sich nicht fest. Allein um die Sozialversicherungen mitzufinanzieren, drängt sich eine Energiesteuer nicht zwingend auf. «Werden daneben auch ökologische Zielsetzungen verfolgt, kann deren Einbezug jedoch sinnvoll sein», hält die Arbeitsgruppe fest.

Eher überraschend sind die Ergebnisse von Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen einer höheren Mehrwertsteuer oder höherer Lohnabzüge. «Selbst die Finanzierung des Mehrbedarfs allein über Lohnprozente muss sich wirtschaftlich nicht negativ auswirken, wie dies in der öffentlichen Diskussion öfters angenommen wird», schreibt die Arbeitsgruppe.

Auch ein Ausbau oder ein Abbau von Sozialleistungen wirkt sich weniger stark auf die Wirtschaft aus, als allgemein vermutet wird. Wird der «gezielte Ausbau» umgesetzt, liegt das Volkseinkommen im Jahr 2010 je nach Expertenmodell 0,1 oder 0,6 Prozent tiefer, als wenn die Leistungen unverändert bleiben. Wird der «gezielte Abbau» verwirklicht, liegt das Volkseinkommen dannzumal 0,1 oder 1,5 Prozent höher. Nicht berücksichtigt ist bei diesen Rechnungen, wie sich allein schon die Finanzierung der heutigen Leistungen im Jahr 2010 auf den Wohlstand auswirkt.

BILD EDI ENGELER/KEYSTONE

**Claudia Kaufmann:** Die EDI-Generalsekretärin stellte den Bericht vor.

# Ausgebaut wird auch beim Abbau

*Wie soll, wie kann es in der Schweiz weitergehen mit der sozialen Sicherheit? Vor anderthalb Jahren brütete eine Arbeitsgruppe des Bundes erstmals über dieser Frage. Nun hat eine zweite Arbeitsgruppe verschiedene Szenarien durchgespielt. Ihr Bericht, IDA FiSo 2, ist gestern Montag vorgestellt worden. Eine Auslegeordnung unserer Sozialwerke.*

## Politiker bestimmen, nicht Zahlenschieber

*Unbrauchbar sei der zweite IDA-FiSo-Bericht, sagen die Gewerkschaften. Für die Bürgerlichen hingegen ist er eine Grundlage, um endlich zu handeln.*

*Von* **Markus Somm**

Peter Hasler, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, fühlt sich wie einer von Greenpeace: «Wir sitzen im kleinen Boot, umfahren den Tanker und versuchen ihn zu bremsen.» Doch es hilft nichts, der Kapitän schläft, auf der Brücke feiert die Mannschaft, der Tanker steuert mit vollem Tempo auf den Eisberg zu. So wird es auch den Sozialversicherungen ergehen, glaubt Hasler, wenn der Sozialstaat weiter ausgebaut wird. Der Bericht zeige schlüssig auf, dass die Grenzen erreicht seien.

Doch es hilft nichts, der Kapitän schläft, auf der Brücke feiert die Mannschaft.

Jetzt müsse man politisch darüber entscheiden, was man wolle. «Die Wahl hat uns dieser Bericht nicht abgenommen.» Der Arbeitgeberverband hat längst gewählt. Für Hasler kommt nur ein Szenario in Frage, der Abbau – genauer: der «kleinste Ausbau». Denn in Wahrheit nähmen die Kosten ja auch in dieser Rechnung um 4 Mehrwertsteuerprozente zu.

Diese 4 Prozente schluckt auch die FDP, aber keinesfalls mehr – und vor allem will sie Taten sehen. «Die Zeit der Berichte ist vorbei», sagt Pressesprecher Guido Schommer. Die FDP will zum Beispiel die Bezugsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 520 auf 400 Tage senken, sie will die Altersrenten langsamer der Teuerung anpassen, und sie will vor allen Dingen keine Mutterschaftsversicherung. Die Partei möchte nun so schnell als möglich über diese Kürzungsideen sprechen, am liebsten am runden Tisch unter der Leitung des Bundesrates.

Die SVP fühlt sich bestätigt. Seit Jahren, schreibt sie in einer Mitteilung, beschönige das Departement Dreifuss die Lage der Sozialwerke. Das sei ein Skandal, nun zeige der Bericht, dass Recht bekomme, wer schon immer gewarnt habe. Die Prognosen der «Gewerkschafts-Ökonomen» seien wertlos. Ein Ausbau ist für die SVP daher undenkbar. Sie schlägt ähnliche Kürzungen vor wie die FDP.

Gewerkschafts-Ökonom Serge Gaillard zweifelt auch an der Qualität von Prognosen. Doch nicht an den eigenen, sondern am IDA-FiSo-Bericht. Der sei unbrauchbar, sagt Gaillard, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Kein anderes Land in Europa lege seiner Politik solche «Katastrophen-Szenarien» zugrunde. Warum, fragt Gaillard, soll die Schweizer Wirtschaft bis 2010 fast überhaupt nicht mehr wachsen? Warum sollen die Löhne leicht zunehmen, aber die Beschäftigung schrumpfen? Die Konjunkturforschungsstelle der ETH hat die Szenarien durchgerechnet. Die Forscher taten sich schwer, wie Gaillard sagt, denn um ein so tiefes Wirtschaftswachstum unterstellen zu können, wie das die Arbeitsgruppe wünschte, musste man annehmen, dass die Wirtschaft der übrigen OECD-Länder in den kommenden Jahren ihrerseits bloss um 1 bis 1,3 Prozent wächst. «Unsinn», sagt Gaillard.

Ein Gutes hat der Bericht für ihn – und das sieht er gleich wie Peter Hasler: Er zeige, dass man politisch darüber entscheiden könne, welche soziale Sicherheit sich die Schweizer leisten möchten.

Die SP hält ebensowenig von den Grundannahmen, von welchen der Bericht ausgeht. Ein so geringes Wirtschaftswachstum zu erwarten sei eine «politische Verantwortungslosigkeit». Trotzdem zeige der Bericht, dass die Politik einen «sehr grossen» Spielraum habe. Dazu gehöre, dass bestimmte Lücken wie etwa die Mutterschaftsversicherung durchaus geschlossen werden können.

# Variantenreiche Planspiele bei der AHV

*Schräubeln lässt sich bei der AHV fast überall. Am ehesten trifft es die Witwen.*

Von **Iwan Städler, Bern**

Bleiben die Leistungen unverändert, so klafft im Jahr 2010 allein bei der AHV/IV ein Defizit von 8,5 Milliarden Franken. Folgende Sparmassnahmen könnten dem etwas entgegenwirken:

■ Zurzeit gilt für Männer das Rentenalter 65 und für Frauen nach einer Übergangsphase das Rentenalter 64. Hebt man diese Limiten an, sinkt der Bedarf an AHV-Geldern. Gleichzeitig besteht aber in der Wirtschaft ein Druck, «Jüngeren Platz zu machen». Dies hat zur Folge, dass bei einer Erhöhung des Rentenalters die Zahl der Arbeitslosen und Invaliden zunehmen dürfte. Das belastet wiederum die Sozialversicherungen. Unter dem Strich rechnet die Arbeitsgruppe mit einem Sparpotential von 420 Millionen, wenn sowohl der Mann als auch die Frau mit 65 in Pension gehen. Ein einheitliches Rentenalter 66 würde gar 1,45 Milliarden Franken einsparen.

■ Kürzt man die Maximalrente um 10 Prozent, spart man 2,57 Milliarden.

■ Gewährt der Staat die Maximalrente erst ab einem höheren Einkommen, reduziert er die Ausgaben um 350 Millionen.

■ Auch mit einer veränderten Anpassung der Renten liesse sich Geld sparen. Heute orientieren sich diese nicht nur am Konsumentenpreisindex, sondern auch an der Entwicklung der Löhne. Damit können die Rentner am Produktivitätsfortschritt teilhaben. Würde man die Renten nur noch der Inflation anpassen, würden diese im Jahr 2010 mit 1,2 Milliarden Franken weniger zu Buch schlagen.

■ Passt man die Renten statt wie heute alle zwei nur noch alle drei Jahre an, lassen sich bis zu 800 Millionen sparen.

■ Witwer und Witwen werden heute nicht gleich behandelt. Ein Witwer erhält die Rente nur, wenn er Kinder unter 18 Jahren zu betreuen hat. Eine Witwe dagegen hat auf jeden Fall Anspruch, wenn sie Kinder hat – egal, wie alt diese sind. Selbst kinderlose Witwen erhalten eine Rente, sofern sie über 45 Jahre alt sind. Würden die Voraussetzungen für eine Witwenrente jener der Witwerrente angepasst, liessen sich 700 bis 750 Millionen sparen.

Sollte sich der Bundesrat für die Variante Abbau entscheiden, schlägt die Arbeitsgruppe verschiedene Untervarianten vor. In all diesen Fällen würde die Witwen- der Witwerrente angeglichen. Zusätzlich müsste man alternativ das Rentenalter auf 66 Jahre anheben, die Maximalrente um 10 Prozent kürzen, die Renten nur noch dem Preisniveau anpassen oder einen Mix von kleineren Massnahmen treffen.

# Nicht mehr unnötig herumdoktern

*Im Gesundheitswesen sind Einsparungen möglich. Doch selbst wenn sie verwirklicht werden, steigen die Kosten.*

Von **Christina Leutwyler, Bern**

Steigen die Kosten im Gesundheitswesen so rasant wie bisher, fehlen im Jahr 2010 über 7,6 Milliarden Franken zur Finanzierung der Grundversicherung. Die Arbeitsgruppe sieht Sparmöglichkeiten im Umfang von 4,8 Milliarden Franken. Anders als in der AHV, IV oder Arbeitslosenversicherung geht es hier weniger um den Verzicht auf Leistungen als um mehr Effizienz. Die erhoffte Kostendämpfung lässt sich deshalb auch nicht genau berechnen, sondern nur schätzen:

■ 1,2 Milliarden Franken lassen sich einsparen, wenn die Überkapazitäten der Spitäler abgebaut werden. Ein wichtiges Instrument dazu sind die Spitallisten, welche die Kantone aufgrund des neuen Krankenversicherungsgesetzes bis Ende Jahr vorlegen müssen. Spitalschliessungen sind allerdings höchst umstritten.

■ Auch in der ambulanten Medizin – vor allem bei den Ärzten – lassen sich 1,2 Milliarden Franken sparen, wenn die Überkapazitäten verschwinden. Dies kann etwa erreicht werden, indem der Staat nur eine bestimmte Zahl von Allgemein- und Spezialärzten zulässt, die zu Lasten der Grundversicherung tätig sein dürfen.

■ 1,2 bis 3,5 Milliarden Franken lassen sich sparen, wenn sich die Versicherten in grosser Zahl für neue Versicherungsformen wie die HMO oder Hausarztmodelle entscheiden und selber einen grösseren Anteil an Arzt- und Spitalkosten zahlen. Die neuen Versicherungsformen verhindern, dass jemand unnötig verschiedene Ärzte konsultiert. In der HMO haben die Ärzte ein festes Einkommen und somit keinen finanziellen Anreiz, unnötig herumzudoktern.

■ 1,6 bis 1,9 Milliarden Franken könnten mit Änderungen in der Spitalfinanzierung gespart werden. Insbesondere dürften die Kantone die öffentlichen Spitäler nicht mehr subventionieren. Denn dies führt dazu, dass Patienten auch dann ins öffentliche Spital eingewiesen werden, wenn eine ambulante Behandlung oder eine Behandlung im Privatspital eigentlich billiger wäre. Die Steuerzahler würden entlastet, die Prämienzahler hingegen belastet. Dies wäre über die individuelle Prämienverbilligung auszugleichen.

■ Mit einer Reduktion der Medikamentenpreise lassen sich 500 Millionen bis eine Milliarde Franken einsparen.

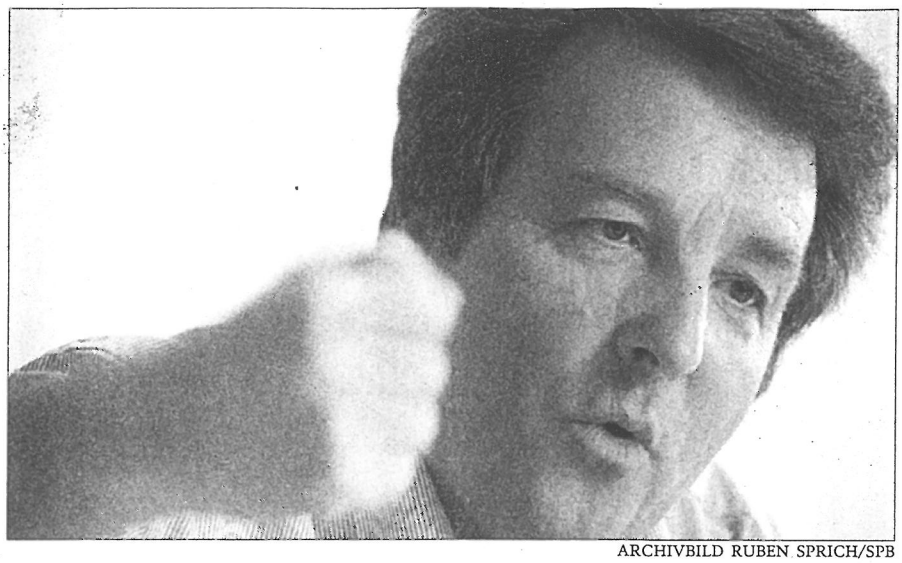
■ Werden die Leistungen, für welche die Grundversicherung aufkommen muss, regelmässig überprüft und unwirtschaftliche Leistungen ausgeschieden, lassen sich ebenfalls Kosten sparen. Wieviel da drinliegt, konnte die Arbeitsgruppe aber nicht abschätzen.

Die Arbeitsgruppe geht davon aus, dass die Einsparungen durch den Abbau von Spital-Überkapazitäten und tiefere Medikamentenpreise verwirklicht werden. Wollte man alle Sparmöglichkeiten ausschöpfen, müsste das Gesundheitswesen völlig umgekrempelt werden.

# «Warum denn gleich in die Hölle?»

*Der Chef des Bundesamts für Sozialversicherungen, Otto Piller, ist optimistisch. Nie werde das Volk einem drastischen Abbau zustimmen.*

*Mit* **Otto Piller sprach Iwan Städler**



ARCHIVBILD RUBEN SPRICH/SPB

**Otto Piller:** «Glauben Sie mir, das heutige System hat sich bewährt.»

*Herr Piller, zwei Tage vor Weihnachten präsentieren Sie düstere Sozialabbauszenarien. Muss das sein?*

Wir präsentieren nicht nur Abbauszenarien. Wie vom Bundesrat gewünscht, hat unsere Arbeitsgruppe auch den Ausbau und den Status quo skizziert. Entscheiden werden die politischen Behörden. Wir zeigen nur die Möglichkeiten auf.

*Die Rentner müssen also nicht um ihre Rente bangen?*

Nein, das müssen sie nicht.

*Aber eine Rentenkürzung steht zur Debatte.*

Letztlich entscheidet das Parlament im Rahmen der 11. AHV-Revision. Und im Fall einer Rentenkürzung würde wohl das Referendum ergriffen, womit das Volk darüber befinden könnte. Ich bin überzeugt, dass der Bundesrat, das Parlament und das Volk keine Abbauszenarien im grösseren Ausmass zulassen werden ...

*... womit der Steuerzahler um sein Geld fürchten muss?*

Jemand muss die Leistungen bezahlen, das ist klar. Aber wir sind ja alle Steuerzahler. Ich bin überzeugt, dass wir unsere Sozialversicherungen über einen Mix von Mehrwertsteuer, Lohnprozenten und Energieabgaben finanzieren können. Solidarität darf auch etwas kosten, wenn man damit den sozialen Zusammenhalt und den sozialen Frieden erhalten kann.

*Sie wollen also den Status quo aufrechterhalten. Das bedeutet neue Steuern im Ausmass von 6,8 Mehrwertsteuerprozenten.*

Ja. Aber wie gesagt: Entscheiden wird der Bundesrat. Ich bin nur Beamter. Es gibt ja auch noch die Variante Ausbau.

*Die kommt wohl politisch kaum in Frage?*

Das kann man so nicht sagen. Vielleicht entwickelt sich die Wirtschaft ganz erfreulich. Vielleicht haben wir bald wieder zwei bis drei Prozent Wachstum mehr als prognostiziert. Bis ins Jahr 2010 kann viel passieren. Ich wehre mich gegen diesen Pessimismus. Unser Staat ist gar nicht so schlecht dran.

*Ihr Bericht hat bereits mit optimistischen Annahmen gerechnet. Während wir heute eine Arbeitslosenquote von 5 Prozent beklagen, rechnen Sie mit einer solchen von 3,5 Prozent im Jahr 2010.*

Das ist eine Frage des politischen Willens. Eine wichtige Aufgabe des Staats besteht darin, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren – nicht nur wegen der Soziallasten.

*Und wenn das nicht gelingt?*

Dann gibt es eben eine neue Lagebeurteilung. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass es uns gelingt.

*Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?*

Ich bin von Natur aus Optimist. Das hat mir immer wieder geholfen. Warum denn gleich in die Hölle, wenn es auch den Himmel und das Fegefeuer gibt? Der Pessimismus in diesem Land ist doppelt so stark überzeichnet wie mein Optimismus.

*In einem von Ihnen verantworteten Zusatzbericht schlagen Sie sogar zusätzliche Ausgaben vor – etwa Ergänzungsleistungen für Arbeitslose und Alleinerziehende.*

Eine der vornehmen Aufgaben des Staates ist doch, dass seine Einwohner nicht betteln müssen. Es geht um die Würde der Menschen. Die von uns vorgeschlagenen Massnahmen würden auch die Sozialhilfe der Städte entlasten, die aus allen Nähten platzt.

*Die Mutterschaftsversicherung haben Sie mit keinem Wort in Frage gestellt. Ist sie tabu?*

Der Bundesrat hat sie bereits verabschiedet. Da ist es nicht an der Expertengruppe, sie herauszunehmen.

*Bei anderen, bereits bestehenden Versicherungen diskutierten Sie Abbauvorschläge.*

Die geplante Mutterschaftsversicherung ist bereits eine Minimalvariante.

*Ebenfalls nicht in Frage stellen Sie das Giesskannensystem. Warum wollen Sie die Leistungen nicht auf die Bedürftigen beschränken?*

Weil wir Sozialversicherungswerke haben. Ich betone: Versicherungen. Natürlich ist ein Multimillionär nicht auf die AHV-Rente angewiesen. Aber wir auf seine Beiträge.

*Die könnte er ja trotzdem entrichten.*

Glauben Sie im Ernst, dass dies politisch realisierbar wäre? Wenn jemand nichts erhält, will er auch nichts bezahlen. Glauben Sie mir, das heutige System hat sich bewährt.